



Antrag

Bearbeitung: Christine Vitzthum (E-Mail: vitzthum@spdfraktion-luebeck.de Telefon: 122-1036)

Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.01.2015	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit der Landesregierung den Aufbau lokaler Strukturen zur Prävention von Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus zu initiieren und zu fördern. Im Rahmen derartiger Modellprojekte soll insbesondere der Dialog und die Kooperation mit den muslimischen Vereinen und Verbänden gepflegt werden, die den Salafismus ablehnen.

Zudem sollen durch Angebote pädagogischer Arbeit und politische Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Kinder und Jugendliche im Bezug auf religiösen Extremismus sensibilisiert und über die damit einhergehenden Gefahren aufgeklärt werden. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte durch entsprechende Fortbildungsangebote dazu befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweise angemessen zu reagieren. Der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck ist einzubinden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Anlagen :

Vorsitzende/r
der SPD-Fraktion